

#320

Deutschland: Die sechste „Woche für das Leben“

Eine „Sammelbewegung derer, die JA zum Leben sagen“, soll die „Woche für das Leben“ sein, die vom 4. bis 10. Mai unter dem Motto: „Leben bis zuletzt – Sterben als Teil des Lebens“ zum sechsten Mal stattfand. Zum dritten Mal wurde sie gemeinsam getragen von der katholischen und evangelischen Kirche.

Das Thema war einfach dran, vielleicht läßt sich sogar der „Kairos“ bemühen: Man habe den Nagel auf den Kopf getroffen, freute sich in jedem Fall der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof *Karl Lehmann*. Das diesjährige Thema Tod, Sterben und Sterbebegleitung hat der zum sechsten Mal begangenen „Woche für das Leben“ nicht nur große Aufmerksamkeit in den Medien beschert. Auch in den einzelnen Bistümern und Landeskirchen, bei den Veranstaltungen vor Ort fand es gute Resonanz.

Diese Wirkung mag kaum überraschen, trafen die Kirchen mit ihrem Einsatz für eine neue „Lebens- und Sterbekultur“, so Lehmann und der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Klaus Engelhardt*, bei der Eröffnungsveranstaltung in Augsburg, auf eine virulente Debatte: die neuentflammte Diskussion über die Hirntoddefinition im Kontext der Beratungen eines Transplantationsgesetzes, die immer heftiger werdenden Auseinandersetzungen um passive und aktive Sterbehilfe und eine insgesamt große öffentliche Aufmerksamkeit für bioethische Themen. Der Zufall wollte es, daß im Erzbistum Freiburg der offizielle Auftakt zu den diözesanen Aktivitäten zur „Woche für das Leben“ am gleichen Ort (Heidelberg) und zur gleichen Zeit stattfand wie ein Wissenschaftskongreß, an dem ursprünglich der wegen seiner Thesen zur Euthanasie umstrittene australische Moralphilosoph *Peter Singer* teilnehmen sollte, dessen Auftritt aber aufgrund massiver

Proteste bereits im Vorfeld abgesagt worden war (vgl. HK, Mai 1996, 220 f.).

Zum ersten Mal veröffentlichten die Kirchen zur Einführung in das Anliegen der „Woche für das Leben“ ein gemeinsames Wort mit dem Titel „Im Sterben: Umfängen vom Leben.“ Darin konstatieren sie eine Art *Umbruchsituation*. Zwar seien Sterben, Tod und Trauer in unserer Gesellschaft nach wie vor verdrängt, gar tabuisiert, zumindest aber der alltäglichen menschlichen Erfahrung entzogen. Mit ihrem Plädoyer, den Tod als Teil des Lebens nicht zu verdrängen, hoffen die Kirchen aber auch auf eine ebenso festzustellende *Gegenbewegung*. Immer mehr Menschen ließen sich auf die Frage nach Tod und Sterben ein, mehr und mehr würden auch die fatalen Folgen erkannt, die die Tabuisierung dieses Themas nach sich zöge. Die Kirchen sehen sich auch zur Auseinandersetzung mit der erkennbar häufiger erhobenen Forderung nach aktiver Sterbehilfe genötigt.

Die „Kunst des Sterbens“ wiederentdecken

In ihrem gemeinsamen Wort heben die Kirchen vor allem die Leistungen und Verdienste derer hervor, die sich in den verschiedenen öffentlichen oder privaten Institutionen und Initiativen um Sterbebegleitung bemühen – besonders in den mittlerweile rund 500 *Hospizinitiativen* in Deutschland, die meist von engagierten Christen mitge-

tragen würden. Dabei werden durchaus auch die Schwierigkeiten, die hohen emotionalen An- und teilweise auch Überforderungen, die mit dieser Aufgabe einhergehen, angesprochen und mit der Forderung nach Begleitung der Begleitenden verbunden. Während die Berichterstattung über die Initiative in erster Linie betonte, „Kirchen lehnen aktive Sterbehilfe strikt ab“, standen innerkirchlich besonders die Hospize und die verschiedenen Initiativen und Möglichkeiten der Sterbebegleitung im Vordergrund.

Mit dem Schwerpunkt Tod und Sterben hatten die Kirchen wieder ein Thema gewählt, das eine breite Schicht innerhalb der Diözesen und Landeskirchen, in den Pfarreien, kirchlichen Verbänden und Gruppierungen ansprach. Die letzten beiden Jahre waren es vor allem Fachverbände und die zahlreichen Selbsthilfegruppen, die die Initiative trugen und übernahmen. 1995 stand die „Woche für das Leben“ unter dem Motto „Sinn statt Sucht“. Indem die Kirchen auf die vielfachen Gefährdungen des Lebens durch die verschiedenen Formen der Sucht verwiesen, wandten sie sich zum einen gegen die Tabuisierung bestimmten Suchtverhaltens, die Fixierung auf den Drogenkonsum, gegen Schuldzuweisungen und Vorurteile. Zum anderen unterstrichen sie den inneren Zusammenhang zwischen Sucht und Sinnlosigkeit. Die umfassenden Materialien, die zu jeder Woche für das Leben bereitgestellt werden, enthielten auch zahlreiche Hinweise auf kirchliche Hilfs- und Selbsthilfeeinrichtungen.

Mit Bezug auf eine allgemein festzustellende Verschlechterung des sozialen Klimas gegenüber Behinderten hatte sich die „Woche für das Leben“ 1994 den Problemen und Sorgen, den Erfahrungen und Fähigkeiten von Menschen mit *Behinderungen* gewidmet. Unter dem Motto „unBehindert miteinander leben“ unterstrichen die Kirchen, die Würde der Person und das Recht auf Leben könne durch keine Art von Behinderung geschmälert werden. In den Begleittexten wird unter anderem betont: Nie-

mals sei ein Mensch nur behindert, nie müsse er nur beschützt und betreut werden. Die Diskussion um die Folgen des rasanten Fortschritts in der *pränatalen Diagnostik*, die schon bei der Wahl dieses Schwerpunktes im Hintergrund stand, wird im kommenden Jahr, 1997, im Zentrum der „Woche für das Leben“ stehen. Den Vorsitz, in dem sich die Kirchen abwechseln, übernimmt dann die evangelische Kirche, die zentrale Eröffnungsveranstaltung wird in Hannover stattfinden.

Schutz des Lebens in allen Phasen

Das Grundanliegen der „Woche für das Leben“ ist seit dem Beschluß der Deutschen Bischofskonferenz im Herbst 1990, im Juni des darauffolgenden Jahres eine „Woche für das Leben“ gemeinsam mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken zu veranstalten, in jedem Jahr dasselbe: Es geht um den Schutz des menschlichen Lebens in all seinen Phasen, Situationen und Dimensionen. Die „Woche für das Leben“ soll auf die zahlreichen Gefährdungen des Lebens und seiner Grundlagen aufmerksam machen, die Ehrfurcht vor dem Leben wecken, zum eigenen Leben ermutigen. Das Ziel dieses Aufrufs an kirchliche Gemeinden, Gruppierungen, Einrichtungen und Verbände ist es, Bewußtsein und Sensibilität für die unantastbare Würde des Menschen in Kirche und Gesellschaft zu stärken. In jedem Jahr gibt es über dieses allgemeine Anliegen hinaus einen besonderen Schwerpunkt.

Wohl auf die Initiative deutscher Bischöfe hin, fand die Idee auch Eingang in das Abschlußdokument der Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa (vgl. HK, Februar 1992, 65 ff.). Es empfiehlt, „den einzelnen Kirchen und besonders den Bischofskonferenzen, jährlich einen ‚Tag...‘ oder eine ‚Woche für das Leben‘ in allen Gemeinschaften und Pfarreien zu begehen und im Laufe der Zeit diesen Tag oder diese Woche

auch gemeinsam festzulegen“ (Nr. 10). Dabei begehrt die katholische Kirche in Italien schon länger als in Deutschland einen „Tag des Lebens“, auch die Niederländer veranstalten eine vergleichbare Aktion. Die österreichischen Bischöfe riefen Mitte Mai letzten Jahres in einer Erklärung alle Gläubigen auf, den letzten Sonntag im Mai als „Tag des Lebens“ zu begehen und in allen Gottesdiensten des Anliegens des Lebensschutzes zu gedenken. In seiner im letzten Jahr veröffentlichten Lebenszyklika empfahl auch Johannes Paul II., „man möge in den verschiedenen Nationen jedes Jahr einen Tag für das Leben feiern“ (Nr. 85; vgl. auch HK, Mai 1995, 224 ff.). Sein wesentliches Ziel sei es, in den Gewissen, in den Familien, in der Kirche und in der zivilen Gesellschaft das Erkennen des Sinnes und Wertes zu wecken, den das menschliche Leben zu jedem Zeitpunkt und unter jeder Bedingung habe.

Der unmittelbare Entstehungskontext der „Woche für das Leben“ in Deutschland war die mit der Wiedervereinigung neu entbrannte Debatte über die gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs. Der Schwerpunkt der ersten „Woche für das Leben“, am 10. 6. 1991 in Mainz eröffnet, lag daher auch beim Schutz des ungeborenen Lebens. Damit knüpfte man an die von ZdK und Bischofskonferenz gemeinsam getragene Aktion „Wähle das Leben“ an, die ebenfalls auf mehrere Jahre hin angelegt, 1982 auf dem Katholikentag in Düsseldorf eröffnet worden war. Auch diese Aktion sollte über das Nein zum Schwangerschaftsabbruch hinaus einen umfassenderen Blick auf die Gefährdungen des Lebens eröffnen und zum Einsatz für Erhalt und Entfaltung des menschlichen Lebens von seinem Anfang bis zum Ende ermutigen (vgl. HK, August 1982, 373 ff.).

Zur inhaltlichen Grundlegung der ersten „Woche für das Leben“ konnte auf die gemeinsame Erklärung von EKD und Bischofskonferenz „Gott ist ein Freund des Lebens“ von 1989 zurückgegriffen werden (vgl. HK Ja-

nuar 1990, 10 ff.). Ob die erste „Woche für das Leben“ dem selbstgestellten Anspruch gerecht wurde, die verschiedenen Gefährdungen und Situationen des Lebens in den Blick zu nehmen, oder ob es nicht angesichts der aktuellen politischen Debatte zur Fixierung auf das Abtreibungsthema gekommen ist, wie Kritiker monierten, blieb auch innerkirchlich umstritten.

Unter dem Motto „Für eine kinderfreundliche Gesellschaft“ wählten ZdK und Bischofskonferenz – in konsequenter Fortführung des Schwerpunktes von 1991 – die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Familien zum inhaltlichen Schwerpunkt der „Woche für das Leben“ 1992. Konkret ging es dabei um die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt, die Forderung nach kind- und familiengerechtem Wohnen und insgesamt auch um die Frage, wie kinderfreundlich die eigene Pfarrgemeinde ist.

Im Lebensschutz keine konfessionell getrennten Wege

Den Schwerpunkt „Leben im Alter“ bestimmte man für das Jahr 1993, das auch vom Rat der Europäischen Union zum „Europäischen Jahr der älteren Menschen und der Solidargemeinschaft der Generationen“ erklärt worden war. Das Thema stieß an der kirchlichen Basis auf ähnlich große Resonanz wie der diesjährige Schwerpunkt, das ihr gelegentlich immer noch anhaftende Image der „Anti-Abtreibungskampagne“ hatte die „Woche für das Leben“ damit abgelegt.

In seiner Grußbotschaft zur Woche für das Leben 1993 hatte der Ratsvorsitzende der EKD betont, für viele Menschen wäre es unbegreiflich, würden die Kirchen in Deutschland in der Frage des Lebensschutzes weiterhin konfessionell getrennte Wege gehen. Zugleich unterstrich er die inhaltliche Übereinstimmung in den Grundfragen des Lebens, wie sie sich in der Erklärung „Gott ist ein Freund des Lebens“ dokumentiert hätten. Die „Woche für das Leben“ auf eine noch brei-

tere, ökumenische Basis zu stellen, war dabei auf Seiten der Deutschen Bischofskonferenz von Beginn an anvisiert worden; ab 1994 wurde dies realisiert. Auch in diesem Jahr bekräftigte Bischof Lehmann den Wunsch, diese gemeinsame Initiative auf alle Kirchen der ACK auszudehnen. Ob sich, wenn sich die Schwerpunktsetzung wieder stärker in Richtung der Abtreibungsthematik bewegt, über die Gemeinsamkeiten in grundlegenden Fragen, nicht doch zwischen den Kirchen Spannungen in Detailfragen ergeben, wird sich erst zeigen müssen. Ein offensiver und konstruktiver Umgang mit solchen Unterschieden könnte dann aber auch der „Woche für das Leben“ zusätzlich Geltung und Bedeutung verleihen. Der „Woche für das Leben“ brauchen in jedem Fall nicht die Themen ausge-

hen. Denkbar sind weitere Schwerpunkte aus dem Bereich Ökologie, aber auch etwa zur Lebensgefährdung im Straßenverkehr. Ebenso könnte sich die „Woche für das Leben“ auch dem von weltweiter Armut bedrohten Leben zuwenden. Die Vielzahl der Initiativen, „Wochen“ (der Brüderlichkeit, des ausländischen Mitbürgers,...) und der Aktionen (Adveniat, Misereor, Renovabis), die alle kreativ und mit Engagement von den Gemeinden neben den anfallenden Veranstaltungen vor Ort mitgetragen werden sollen und gelegentlich ja durchaus ebenso dem „Lebensschutz“ gewidmet sind, wird für die innerkirchliche Resonanz und damit für die weitere Zukunft der „Woche für das Leben“ mitentscheidend bleiben. Eine rein auf öffentliches Echo abzielende Aktion soll diese Einrichtung nicht werden. A. F.

1996). Mitte des vergangenen Jahres war sie in Auftrag gegeben worden. Vor zehn Jahren war bereits ein ähnlicher Text erschienen: Im Auftrag des sozialistischen Ministerpräsidenten *Pierre Mauroy* hatte damals der sozialistische Abgeordnete *Alain Vivien* einen entsprechenden Bericht erstellt (Les sectes en France. La Documentation Française 1985; vgl. HK, Februar 1986, 83 ff.). Die neue Studie stützt sich auf die Resultate von insgesamt 20 Anhörungen sowie die Ergebnisse einer umfangreichen Studie der *Renseignements généraux*, die im vergangenen Herbst der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Probleme bei der Definition des Phänomens Sekte

Ein erster Knackpunkt von Studien dieser Art ist die *Definition des Phänomens Sekte*. Der jüngste Bericht verzichtet darauf, einen weiteren Definitionsversuch zu unternehmen. Man beschränkt sich auf den Hinweis, daß in die Untersuchung eine Reihe von Wertentscheidungen Eingang gefunden hätten, die man offenlegt. Als Indizien für die Beurteilung, ob es sich im Einzelfall einer Gruppe, die sich selbst als religiös versteht, um eine Sekte handelt, werden genannt: „Geistige Destabilisierung; überzogene finanzielle Forderungen; Verführung zum Bruch mit dem Herkunftsmilieu; Angriffe auf die physische Integrität betroffener Personen; Anwerbung von Kindern; ein mehr oder weniger unsoziales Denken; Mißachtung der öffentlichen Ordnung; der Umfang gerichtlicher Auseinandersetzungen; die Umgehung traditioneller wirtschaftlicher Abläufe; Infiltrationsversuche bei staatlichen Stellen“ (S. 25).

Der Bericht Vivien von Mitte der 80er Jahre unterschied bei den 116 ermittelten Gruppen östlich ausgerichtete, synkretistische und esoterische sowie rassistische und faschistische. Mit dieser Typologie gibt man sich inzwischen nicht mehr zufrieden. Die *Renseignements généraux* arbeiteten in ihrer Un-

280

Frankreich: Parlamentarischer Bericht zur Sektenszene

Die französische Öffentlichkeit ist irritiert über den Stellenwert, den Sekten aller Art weiterhin in ihrem Land innehaben. Man müßte und möchte staatlicherseits etwas tun. Für einen streng laizistischen Staat ist dieses Thema aber besonders schwierig zu handhaben.

Es hätte nicht des Dramas der sogenannten Sonnentempler-Sekte kurz vor Weihnachten 1995 unweit von Grenoble bedurft, um die französische Öffentlichkeit auf das Sektenproblem aufmerksam zu machen. Spektakuläre Vorfälle dieser Art lassen vermehrt Forderungen nach mehr staatlichem Handeln auf diesem Gebiet laut werden. Für die Fachleute erweist sich dies aber in der Regel als schwieriger, als es im Überschwang öffentlicher Erregtheit gerne den Anschein hat. Weder „Naivität“ noch bloße „Bestürzung“ gegenüber dem Phänomen sei ein aussichtsreicher Weg, riet im Nachklang zu den Vorfällen bei den Sonnentemplern *Jean Vernet*, Fachmann der französischen Bischöfe für Sekten und neue religiöse Phänomene (La

Croix, 27.12.95). Wo aber der Weg im einzelnen verläuft, ist damit nicht gesagt. Man dürfe nicht alle Bewegungen in die gleiche Schublade stecken und müsse sie vor allem versuchen zu „verstehen“, meinte *Vernet*. Richtig, antwortete der Theologe *Paul Valadier* (*Actualité Religieuse*, 15.2.96); nur habe man es immerhin mit Verbrechen zu tun, obendrein – wenn Kinder betroffen sind – mit ausgesprochen scheußlichen.

Vor dem Hintergrund dieser öffentlichen Diskussion zum Thema Sekten erschien im Januar dieses Jahres der Bericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission unter der Leitung des UDF-Abgeordneten *Alain Gest* (*Les sectes en France. Rapport parlementaire*. Éditions Patrick Banon